

5 Jahre

„Kooperatives

E-Government

in föderalen Strukturen“

**Zwischenbericht des Modellvorhabens
in der Metropolregion Rhein-Neckar**



www.m-r-n.com/egovernment

GRUSSWORT

„Wir brauchen eine neue Qualität der föderalen Zusammenarbeit. Nur so können die strukturellen Defizite beim E-Government in Deutschland überwunden und nutzerfreundliche, wirtschaftliche E-Government-Angebote entwickelt werden!“, das war die zentrale Botschaft des letzten Gutachtens des Nationalen Normenkontrollrates.



So neu ist dieser Ansatz nicht. Gelebt wird er in der Metropolregion Rhein-Neckar. Dort wurde bereits 2010 das Modellvorhaben „Kooperatives E-Government in föderalen Strukturen“ initiiert. Ob „Verwaltungsdurchklick“, „Behördennummer 115“, „E-Vergabe im Verbund“, „Einreiseoptimierung für Fach- und Führungskräfte“ oder „Prozessdatenbeschleuniger für eine effiziente Erfüllung von Berichtspflichten“ – die Metropolregion ist Konzeptions- und Erprobungsraum für so manch innovatives Projekt.

Das Engagement der Metropolregion und der offene und kreative Geist, der dort anzutreffen ist, sind beispielhaft. Sie haben bundesweit – sehr zurecht – viel Anerkennung erfahren. Dafür steht auch die Auszeichnung mit dem Innovationspreis des Deutschen Beamtenbundes im Juni 2015.

Es ist ein großes Glück, dass das Modellvorhaben von den beteiligten Ländern Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bis 2020 verlängert wurde. So bietet sich die Möglichkeit, weitere Projekte und gemeinsame IT-Lösungen zu entwickeln, zum Nutzen einer Verwaltungszusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg. Das Ziel wird weiterhin sein, wichtige Impulse für die Entwicklung eines E-Government in föderalen Strukturen zu geben – auch über die Region hinaus – und dadurch zur Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland beizutragen.

Eine Zusammenarbeit aller Ebenen – abseits eingetrampelter Pfade und föderaler Befindlichkeiten – wie man sie bei Ihnen besichtigen kann, tut not. Wir brauchen mehr davon: Mehr Raum für Innovation, mehr Willen zur Kooperation! Umso erfreulicher ist es, dass auch andere Metropolregionen Ihrem Beispiel gefolgt sind und Erprobungsräume zur Verwaltungsmodernisierung geschaffen haben. Für Ihre ambitionierte und nicht immer leichte Arbeit wünsche ich Ihnen viel Erfolg und die nötige Beharrlichkeit, aus guten Ideen mutige Projekte zu entwickeln.

Dr. Johannes Ludewig
Vorsitzender des Nationalen Normenkontrollrats

E-Government als Motor für Verwaltungsmodernisierung

Die Metropolregion Rhein-Neckar erstreckt sich über die drei Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz und ist daher idealer Erprobungsraum für länderübergreifende Kooperationen – insbesondere für Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung. Denn die föderale Struktur der Bundesrepublik, das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung und das Denken und Handeln in engen Ressortgrenzen können wie Bremsklötze für den Bürokratieabbau wirken. Deshalb hob die Region im Jahr 2010 gemeinsam mit den drei Ländern und dem Bund das Modellvorhaben „Kooperatives E-Government in föderalen Strukturen“ aus der Taufe. Ziel ist es, Verwaltungsabläufe im Dreiländereck Baden-Hessen-Pfalz durch neue Formen der Zusammenarbeit und den sinnvollen Einsatz von Informationstechnologie zu vereinfachen, zu beschleunigen und kostengünstiger zu gestalten.

Der Bedarf von Unternehmen und Behörden dient dem Modellvorhaben seit seiner Geburtsstunde als Orientierung: Wo drückt der Schuh beim Kontakt zwischen Wirtschaft und Verwaltung? Wo liegen die größten Effizienzpotenziale und bei welchen Verwaltungsvorgängen bringen regional einheitliche Lösungen einen Mehrwert? Eine Bedarfs- und Nutzenanalyse brachte erste Antworten: Der Wunsch der Wirtschaft nach einem einheitlichen Zugang zur Verwaltung, unabhängig von den internen Zuständigkeitsregelungen, sowie die Möglichkeit, Verwaltungsangelegenheiten elektronisch abwickeln zu können, standen ganz oben auf der Prioritätenliste. Darüber hinaus wollten die befragten Unternehmen, dass die von ihnen benötigten Verwaltungsinformationen und Daten digital zur Verfügung gestellt werden, um auf diese Weise redundante Abfragen zu vermeiden. Ein weiteres wichtiges Anliegen der Unternehmen war, dass durch den Einsatz von Informationstechnologie Antragstellungen vereinfacht und die Dauer von Genehmigungsverfahren verkürzt werden sollen.

Auf Grundlage dieser Ergebnisse wurden alternative Vorgehensweisen entwickelt und mit Vertretern der 15 Stadt- und Landkreise, den drei Handwerkskammern sowie den drei Industrie- und Handelskammern in der Region diskutiert. Es zeigte sich dabei, dass die Entwicklung von innovativen E-Government-Angeboten für Unternehmen nicht nur einer interkommunalen, sondern auch einer ebenenübergreifenden Zusammenarbeit bedarf. Erst durch eine Kooperation mit den Ländern und dem Bund würden sich spürbare Entlastungseffekte für die Wirtschaft einstellen; insbesondere für Unternehmen, die aufgrund ihrer Tätigkeit oder mehrerer Standorte mit unterschiedlichen, oft auch länderspezifischen Verfahrensweisen konfrontiert sind. Anfang 2009 ging die Metropolregion Rhein-Neckar deshalb auf die Länder Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz sowie den Bund zu, um für ein gemeinsames Vorgehen bei der Entwicklung eines wirtschaftsorientierten E-Government zu werben. Tatsächlich stand Deutschland damals bei der Gestaltung kooperativer, prozessorientierter Verwaltungsstrukturen noch am Anfang, abgesehen von wenigen Ausnahmen wie der EU-Dienstleistungsrichtlinie oder dem Projekt Einheitliche Behördennummer 115. Eine Machbarkeitsstudie des Bundesministeriums des Innern und Aktivitäten der AG3 des Nationalen IT-Gipfels mündeten 2010 in ein Strategiepapier und eine Kooperationsvereinbarung zur Durchführung eines gemeinsamen Modellvorhabens.



Foto: MRN GmbH/Tobias Schwerdt

Zusammenarbeit

Aktuelle Studien und Gutachten bewerten den Ausbau von E-Government in Deutschland kritisch. E-Government komme in Deutschland viel zu langsam voran, hieß es im Gutachten „Vom Abstieg zum Aufstieg“ des Normenkontrollrats. Oftmals fehle es zudem an der notwendigen Zusammenfassung von Ideen über Ressortgrenzen und Verwaltungsebenen hinweg. Ebenfalls „viel Luft nach oben“ sieht die „Expertenkommission Forschung und Innovation“ (EFI). Auch hier das Fazit: Vor allem die Koordination ist verbesserungswürdig. Die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren des E-Government, insbesondere auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene sei aber dringend geboten.

Genau dort setzt das Modellvorhaben an, für das schlanke Rahmenstrukturen geschaffen wurden, die eine gute länder- und ebenenübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Kooperationspartnern gewährleisten. Mittlerweile arbeiten über 200 Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung mit der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH daran, in der Rhein-Neckar-Region den Aufbau einer noch leistungsfähigeren Verwaltung voranzutreiben.

Die strategische Steuerung der Aktivitäten des Modellvorhabens obliegt dabei dem Lenkungskreis, in den jeder Kooperationspartner jeweils einen Vertreter entsendet. Das Gremium diskutiert innovative Projektvorhaben und steuert die Fortschritte des Modellvorhabens. Die Geschäftsstelle des Modellvorhabens bei der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH unterstützt den Lenkungskreis seit 2010 operativ. Sie begleitet zudem das Gesamtvorhaben, sorgt für reibungslose Abläufe in den Einzelprojekten und ist für die externe Kommunikation verantwortlich. Über den bestehenden Arbeitskreis „E-Government“, in dem die E-Government-Verantwortlichen der 15 Stadt- und Landkreise der Metropolregion Rhein-Neckar sowie der drei Handwerkskammern und der drei Industrie- und Handelskammern der Region vertreten sind, trägt die Geschäftsstelle zudem für die gesamtregionale Abstimmung Sorge. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass die Bedürfnisse der Kommunen und Unternehmen ebenso wie deren Kenntnisse und Erfahrungen berücksichtigt werden. Alle Projekte, die kommunale Belange betreffen, werden zudem über den Ausschuss für Regionalentwicklung und Regionalmanagement des Verbandes Region Rhein-Neckar politisch legitimiert.



Die Projekte

In den fünf Jahren seit Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung zur Durchführung des Modellvorhabens „Kooperatives E-Government in föderalen Strukturen“ wurden zahlreiche Projekte vom Lenkungskreis ausgewählt und von vielen Partnern gemeinsam erfolgreich in der Rhein-Neckar-Region umgesetzt. Der Großteil der Projekte hätte dabei ohne die sogenannten „CIO-Patenschaften“, also ohne die Übernahme der Verantwortung eines Kooperationspartners aus dem Lenkungskreis für ein Projekt, nicht realisiert werden können.

Alle Projekte des Modellvorhabens verfolgen drei Ziele: den Zugang von Bürgern und Unternehmen zu Behörden erleichtern, die Prozesse zwischen Behörden und Unternehmen vereinfachen sowie Vernetzung über Landesgrenzen und Ebenen hinweg ermöglichen.

Zugang zur Verwaltung verbessern: In der Bedarfs- und Nutzenanalyse hatte sich gezeigt, dass sich Unternehmen von der Verwaltung eine gebündelte Bereitstellung von Leistungen wünschen. Neben der Forderung nach einem einheitlichen Ansprechpartner für die Wirtschaft, der bei komplexeren Anliegen als zentrale Anlaufstelle dient, wurde auch ein einheitlicher (digitaler) Zugang zur Verwaltung als Bedarf genannt – insbesondere für Unternehmen, die aufgrund ihrer Tätigkeit oder verschiedener Standorte mit einer Vielzahl unterschiedlicher Behörden zu tun haben. Deshalb sollen im Modellvorhaben überall dort, wo sich der konkrete Mehrwert für eine regionale Vorgehensweise zeigt, entsprechende Organisationsmodelle und IT-Infrastrukturen geschaffen werden, die es ermöglichen, Informationen bzw. Leistungen aus einer Hand für die Wirtschaft anzubieten.

Prozesse zwischen Wirtschaft und Verwaltung optimieren: Im Fokus des Modellvorhabens steht die Entwicklung von E-Government-Angeboten für die Wirtschaft, da hier die größten Effizienzgewinne zu erwarten sind. Denn Unternehmen haben weitaus mehr Kontakte zur Verwaltung als Bürger. Aus Unternehmenssicht sind einfache und schnelle Verwaltungsprozesse ein echter Standortvorteil, weil sich diese positiv auf die Reaktions- und Wettbewerbsfähigkeit auswirken. Ausgehend von der Erkenntnis, dass sich Verwaltungsprozesse vor allem dann beschleunigen lassen, wenn die beteiligten Behörden vernetzt zusammenarbeiten, werden im Modellvorhaben nicht nur die Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Verwaltung betrachtet, sondern auch die verwaltungsinternen Abläufe.

Infrastrukturen verbinden – Vernetzung ermöglichen: Für den Aufbau einer vernetzten Verwaltung sind die Geschlossenheit und Heterogenität der bislang eingesetzten IT-Systeme sowie fehlende Standards für den Datenaustausch, die eine medienbruchfreie Kommunikation über Organisationsgrenzen und Verwaltungsebenen hinweg ermöglichen, die größte Herausforderung. Die Frage, wie die auf Bundes- und Landesebene entwickelte Infrastruktur zu neuen E-Government-Anwendungen verbunden wird, ist somit eine Querschnittsaufgabe des Modellvorhabens. Das heißt, die Schwierigkeit liegt nicht im Aufbau einer übergreifenden regionalen IT-Plattform, sondern in der Anbindung bestehender IT-Systeme und Prozesse, da neben der technischen immer auch die organisatorische Ebene davon betroffen ist. Ebenso wichtig für den Auf- und Ausbau einer serviceorientierten, föderalen E-Government-Infrastruktur ist die Frage, wie Daten, die bei verschiedenen Behörden und Verwaltungsebenen vorliegen (z.B. Zuständigkeitsinformationen, Geo-Daten oder Registereinträge), erschlossen und nutzbar gemacht werden können.

Die erzielten Fortschritte und Ergebnisse der Zusammenarbeit werden einmal jährlich im Rahmen der Regionalkonferenz „Wirtschaft trifft Verwaltung“ vorgestellt und diskutiert.

115 – Die einheitliche Behördennummer

Unter der einheitlichen Behördennummer 115 erhalten Bürger schnell und unkompliziert verlässliche Auskünfte zu den wichtigsten Verwaltungsvorgängen. Kernstück der 115 in der Metropolregion Rhein-Neckar ist das regionale Service-Center in Ludwigshafen, das seit Mai 2012 länderübergreifend Bürgeranfragen aus den Städten Frankenthal, Landau, Neustadt an der Weinstraße und Speyer sowie aus den Kreisen Bergstraße, Rhein-Neckar und Rhein-Pfalz beantwortet. In der Region Rhein-Neckar findet damit eine in Deutschland bisher einzigartige Kooperation in Sachen 115 über drei Ländergrenzen hinweg statt. Eine besondere Herausforderung war die Zusammenführung aller Dienstleistungen aus den jeweiligen Landesportalen von Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz in eine gemeinsame Wissensdatenbank. Schon bei den ersten konzeptionellen Überlegungen im Jahr 2010 wurde darauf geachtet, die 115 als regionales Vorhaben aufzusetzen. In Workshops und Arbeitsgruppen wurde nicht nur das Potenzial für eine regionsweite Einführung der 115 ermittelt, sondern auch ein Feinkonzept erstellt, das zugleich die Grundlage für die erforderlichen Verträge zwischen den Beteiligten bildete. Wie gut die Einführung der 115 über Ländergrenzen hinweg funktionieren kann, hat der gesamte Prozess eindrucksvoll bewiesen: Von der Initiative über die Konzeption bis zur Umsetzung waren Vertreter der Länder und des Bundesinnenministeriums stets beteiligt, um den Kenntnisstand aller Partner vor Ort zu vertiefen und die Kooperationsbereitschaft zu fördern. Zwei Jahre dauerten die Vorbereitungen, bis das regionale Service-Center seine Arbeit aufnehmen konnte. Seit Januar 2015 befindet es sich im Regelbetrieb. Mit der finanziellen Unterstützung von Rheinland-Pfalz konnte der Beitritt zum bundesweiten 115-Verbund im Rahmen des Modellvorhabens erfolgen.

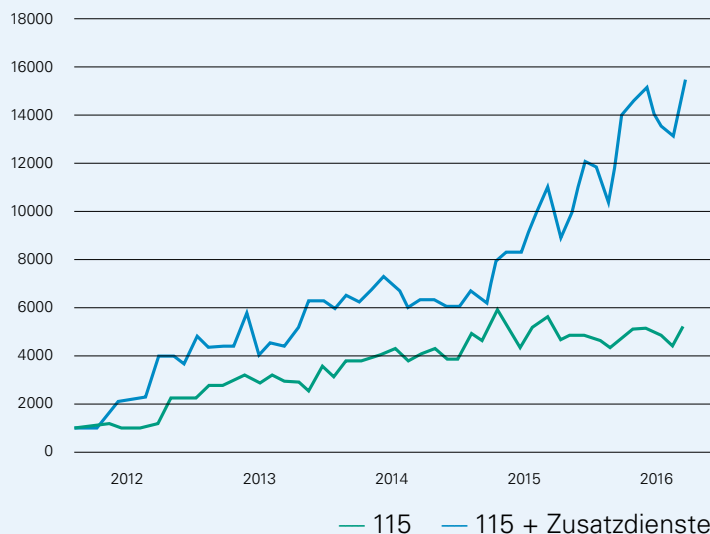


Foto: Stadt Ludwigshafen/Joachim Werkmeister

Das regionale Vorgehen bei der Einführung der 115 führte dazu, dass zum gleichen Zeitpunkt ebenso die Service-Center in Heidelberg und Mannheim starteten und die einheitliche Behördennummer damit auf einen Schlag für 1,7 Mio. Bürger der Rhein-Neckar-Region freigeschaltet wurde – ein Ansatz, für den die Rhein-Neckar-Region im April 2013 mit dem 115-Preis für Flächendeckung des Bundesinnenministeriums ausgezeichnet wurde.

Die 115 ist der erste Bürgerservice, der mit einem Service-Versprechen verbunden ist, das die 115-Telefonzentralen in ganz Deutschland gegeben haben und das vom Service-Center Ludwigshafen deutlich übertroffen wird. In 80 Prozent der Fälle hat der Anrufer binnen 30 Sekunden einen kompetenten Gesprächspartner am anderen Ende der Leitung (Service-Versprechen: 75 Prozent). Neun von zehn Anfragen sind im ersten Gespräch abschließend beantwortet (Service-Versprechen: 65 Prozent). Falls zu einem Anliegen nicht auf Anhieb Auskunft gegeben werden kann, erhält der Anrufer binnen 24 Stunden während der Servicezeiten eine Rückmeldung – wahlweise per E-Mail, Fax oder Telefon.

In der Metropolregion Rhein-Neckar erfreut sich die einheitliche Behördennummer 115 zunehmender Beliebtheit: Die Anzahl der Anrufe im regionalen Servicecenter Ludwigshafen steigt stetig. Derzeit wird die Kooperation im regionalen Service-Center intensiviert, indem für beteiligte Kommunen etwa die Weiterleitung von Anrufen in Randzeiten oder die vollständige Übernahme von Telefonzentralen und Hotlines realisiert wird. Wenn Bürgeranfragen zentral bei der 115 beaufschlagt werden, können Mitarbeiter vor Ort entlastet werden. Hierdurch werden nicht nur die Arbeitsabläufe innerhalb der Verwaltung optimiert, mittelbar führt die Entlastung auch zu Kosteneinsparungen. Zudem sollen weitere Kooperationspartner gewonnen werden, um die 115-Abdeckung in der Region weiter zu steigern.



Anrufentwicklung. Quelle: 115-Service-Center MRN



Verwaltungsdurchklick

Welche Dokumente werden gebraucht, um ein Firmenzugang an-, ab- oder umzumelden? Wer genehmigt Veranstaltungen im öffentlichen Verkehrsraum? Was ist ein Schengen-Visum und was muss beachtet werden, wenn eine ausländische Führungskraft eingestellt wird? Antworten auf diese und weitere Fragen bietet das Portal „verwaltungsdurchklick.de“ Bürgern und Unternehmen. Eine Ortsauswahl ermöglicht es, mit nur wenigen Klicks und ohne Kenntnis der genauen Zuständigkeiten zu den richtigen Verfahrensbeschreibungen und Ansprechpartnern vor Ort zu gelangen. Dadurch entfällt die zeitraubende Suche an unterschiedlichen Stellen. Im Fokus steht die gebündelte Bereitstellung von Verwaltungsinformationen für Unternehmen bzw. der zentrale Zugang zu Unternehmenslagen. Hierzu wurde das bewährte Lebenslagen-Konzept auf die Belange der Wirtschaft übertragen. In den mittlerweile 14 Unternehmenslagen sind Informationen so komprimiert aufbereitet, dass Unternehmen auf einen Blick erfahren, welche Vorschriften und Fristen jeweils zu beachten sind. Für die technische Realisierung des Verwaltungsportals wurde das Gestaltungspotenzial eines kooperativen E-Government genutzt: Um Datenredundanzen zu vermeiden, verzichtete die Metropolregion Rhein-Neckar auf einen Zuständigkeitsfinder mit eigenständiger Datenbasis, sondern verknüpfte stattdessen bestehende Angebote zu einer Softwarelösung, die wiederum auf die Verfahrensbeschreibungen der Zuständigkeitsfinder von Baden-Württemberg (servicebw), Hessen (Hessen-Finder) und Rheinland-Pfalz (bus.rlp) zugreift.



Der Betrieb vernetzter Online-Angebote bringt jedoch einige Herausforderungen mit sich. Fehlen in den Zuständigkeitsfindern der Länder nämlich die vom Nutzer gesuchten Informationen oder arbeitet eine Schnittstelle nicht richtig, so klafft im Verwaltungsdurchklick eine Lücke. Funktionierende Schnittstellen und eine umfassende Datenbereitstellung sind auf allen Verwaltungsebenen erfolgsentscheidend. Mit den drei Bundesländern wurde daher vor Einführung des Portals ein intensiver Dialog über die in den Zuständigkeitsfindern eingestellten Verfahren begonnen. Verfahrensbeschreibungen, die zu diesem Zeitpunkt in den Landesportalen gefehlt hatten, aber aus Sicht der Wirtschaft von Nutzen sind, wurden – so weit möglich – auf Anregung der Metropolregion neu eingepflegt. Dabei tauschten die Länder auch ihre Verfahrensbeschreibungen untereinander aus. Zusätzlich wurden Informationsveranstaltungen in den Kommunen durchgeführt, um für das Einpflegen kommunaler Daten in die Landesportale zu werben. Das Portal entstand jedoch nicht nur in enger Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen, sondern auch mit den drei Handwerkskammern und den drei Industrie- und Handelskammern der Region. Mit ihnen wurden Struktur und Inhalte der Unternehmenslagen festgelegt, um so die tatsächlichen Bedarfe der Unternehmen bedienen zu können.

Positive Rückmeldungen von Unternehmen und die Zugriffszahlen zeigen, dass der einheitliche digitale Zugang zur Verwaltung gut ankommt. Perspektivisch soll aus dem Informationsportal ein Transaktionsportal werden, über das Behördenanliegen medienbruchfrei abgewickelt werden können. Bis dahin ist es allerdings noch ein weiter Weg.

E-Vergabe-Plattform auftragsboerse.de

Aufgrund der Komplexität im öffentlichen Auftragswesen ist der bürokratische Aufwand bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sowohl für Unternehmen als auch für Vergabestellen sehr hoch. Aus diesem Grund wurde unter Beteiligung von Kommunen, Kammern und Unternehmen eine regionale E-Vergabelösung eingeführt. „auftragsboerse.de“, die E-Vergabeplattform für die Metropolregion Rhein-Neckar, ermöglicht es Behörden und Unternehmen, ihre Vergabevorgänge einfach und effizient zu gestalten. Bau- und Handwerksbetriebe aber auch Lieferanten und Dienstleister finden dort die Ausschreibungen öffentlicher Auftraggeber sowie deren Eigenbetriebe. Für Unternehmen, die sich auf Ausschreibungen bewerben, ist die Nutzung von „auftragsboerse.de“ kostenfrei.

Bereits 65 am Rahmenvertrag beteiligte Kommunen mit insgesamt rund 500 Anwendern veröffentlichen ihre Ausschreibungen mit der Softwarelösung auf „auftragsboerse.de“. Dort stehen ausschreibenden Stellen zwei Module zur Verfügung: Mit Hilfe des **Vergabeassistenten** können Verwaltungen ihren Informationspflichten nachkommen, indem sie Ausschreibungen im Internet veröffentlichen, die Vergabeunterlagen online zur Verfügung stellen und Angebote elektronisch entgegennehmen. Das **Vergabemanagementsystem** ermöglicht darüber hinaus effizientere Verfahrensabläufe innerhalb der Behörden. Der Nutzer wird automatisch durch alle Stufen des Vergabeprozesses geführt: von der Erstellung der Leistungsverzeichnisse bis zur Erteilung des Zuschlags. Der gesamte Vergabeprozess kann hierdurch ohne Medienbrüche durchgeführt werden. Die E-Vergabe wird durch den Ausschreibungsdienst der Staatsanzeiger für Baden-Württemberg GmbH umgesetzt. Die Vergabesoftware stammt von der Administration Intelligence AG.



Foto: MRN GmbH/Tobias Schwerdt

„auftragsboerse.de“ startete 2006 zunächst als Bekanntmachungsplattform für öffentliche Aufträge im Dreiländereck Baden-Hessen-Pfalz. Zentrales Anliegen war es, öffentliche Ausschreibungen an einer Stelle im Internet zu bündeln, um den Rechercheaufwand für Unternehmen zu verringern. Da hiermit bei weitem noch nicht alle Optimierungspotenziale ausgeschöpft waren, erweiterte man das Angebot im Jahr 2009 um eine regionale E-Vergabelösung. Diese Weiterentwicklung wurde 2010 mit dem Preis des Bundeswirtschaftsministeriums „Innovation schafft Vorsprung“ ausgezeichnet. Die Erfahrungen der teilnehmenden Kommunen und Unternehmen flossen 2014 in einen umfassenden Relaunch des Portals ein.

Dank der auftragsboerse.de sind bereits viele Kommunen in der Region Rhein-Neckar für die neue EU-Vergaberichtlinie gut gerüstet, haben sie sich doch schon früh auf den digitalen Vergabeweg gemacht.

Online-Zulassung

Um in der Metropolregion Rhein-Neckar bei der Online-Zulassung und deren Nutzerakzeptanz auf praktische Erfahrungen zugreifen zu können, erklärte sich der Rhein-Neckar-Kreis bereit, ein entsprechendes Pilotprojekt umzusetzen: Seit März 2012 können Bürger des Rhein-Neckar-Kreises ihre Kfz-Neuzulassungen, Umschreibungen, Um- und Abmeldungen sowie Halterdatenänderungen online bequem von zu Hause aus veranlassen und die Gebühren mittels E-Payment begleichen. Am Ende der Online-Antragstellung wird entweder ein Termin zur Abholung der Unterlagen in einer der drei Zulassungsstellen des Landkreises vereinbart oder der Kunde beauftragt gegen Gebühr den behördlichen Bringdienst, der den Dokumentenaustausch sowie die Identifizierung des Halters vornimmt. Dem Nutzer wird dadurch ein Zulassungsverfahren angeboten, welches den Kontakt zur Verwaltung unkompliziert und komfortabel gestaltet. Seit September 2013 ist zusätzlich die Authentifizierung mit der Online-Ausweisfunktion des neuen Personalausweises möglich. Dabei bietet die Loslösung von fixen Servicezeiten der zuständigen Behörden den Bürgern bei der Online-Zulassung eine hohe Flexibilität und Zeitersparnis. Bürger, die den Service im Rhein-Neckar-Kreis genutzt haben, sind von dem Angebot begeistert. Auch für die Zulassungsstellen selbst bringt das Online-Verfahren viele Vorteile. Wenn der Antrag im elektronischen Eingangskorb liegt, sind sämtliche Vorprüfungen schon automatisiert durchgeführt worden und der Antrag kann schnell bearbeitet werden. Und durch die Terminvergabe lässt sich das Besucheraufkommen besser steuern. Insofern sollten noch mehr Zulassungsstellen für die Online-Zulassung gewonnen werden.



Foto: MRN GmbH/Tobias Schwerdt

Die ursprüngliche Vermutung, dass sich gerade Autohändler, deren Kunden sich auf die ganze Region Rhein-Neckar verteilen, für eine Einführung eines regionalen Zulassungsportals aussprechen würden, hat sich nach der erfolgreichen Pilotierung nicht bestätigt. Hier will man weiter auf die etablierten Zulassungsdienste setzen.

Virtuelles Bauamt MRN

Wer bauen will, hat es mit einer Fülle von Vorschriften, Fristen und Verfahrenswegen zu tun, weshalb Baugenehmigungsverfahren in der Regel mit dem Austausch größerer Papiermengen und langen Bearbeitungszeiten einhergehen. Ziel des länderübergreifenden Projekts unter CIO-Patenschaft des Landes Baden-Württemberg ist daher der Aufbau eines virtuellen Bauamtes für die Metropolregion Rhein-Neckar, über das Bauanträge elektronisch eingereicht werden können. Die elektronische Abwicklung von Baugenehmigungsverfahren birgt hohe Optimierungspotenziale: Eine aktuelle Studie für den Nationalen Normenkontrollrat geht von bis zu 25,5 Prozent Einsparpotenzial pro Antrag im Baugenehmigungsverfahren aus.

Zusammen mit den unteren Bauaufsichtsbehörden (in Baden-Württemberg: Baurechtsbehörden) in und den obersten Bauaufsichtsbehörden für die Metropolregion Rhein-Neckar wurde daher zunächst ein Umsetzungskonzept erarbeitet. Dabei mussten unter anderem die drei Landesbauordnungen, 26 untere Bauaufsichtsbehörden und die Schnittstellen zwischen dem „Virtuellen Bauamt MRN“ und den bestehenden IT-Verfahren der Behörden berücksichtigt werden, damit Bauanträge medienbruchfrei weiterverarbeitet werden können. Zeitgleich wurde an der technischen Umsetzung sowie einem Betreibermodell gearbeitet. Parallel hat die Metropolregion Rhein-Neckar GmbH darüber hinaus in der Projektgruppe des IT-Planungsrates mitgewirkt, die den Datenaustauschstandard im Baubereich „XBau“ erarbeitet.

In der zweiten Phase des Modellvorhabens soll der Pilotbetrieb starten: Bauherren und Architekten profitieren dann in der ganzen Region von einer Beschleunigung der Genehmigungsprozesse und erhalten größere Planungssicherheit. Auch die Behörden haben Vorteile, weil das aufwendige Einscannen der Antragsunterlagen entfällt und besonders, da der Beteiligungsprozess der vielen Fachbehörden über eine Kollaborationsplattform digital erfolgen kann.

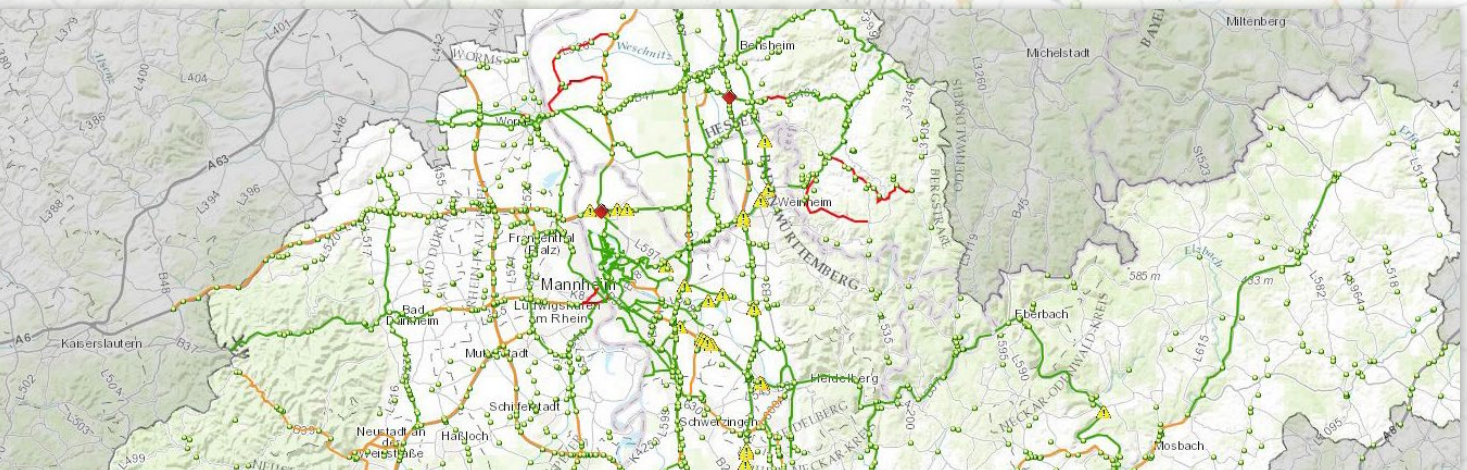


Foto: fotolia/Maksym Yemelyanov

Effiziente Verwaltungspraxis für Autokrane

Autokrane sind unentbehrlich für nahezu jedes größere Bauvorhaben. Der Einsatz und insbesondere die Anfahrt der mobilen Bauhelfer muss im Vorfeld jedoch gut geplant und von den zuständigen Straßenverkehrsbehörden genehmigt werden. Ob eine Straße für einen Autokran geeignet ist, hängt von seinen Maßen, seinem Gesamtgewicht und seiner Achslast ab. In der Rhein-Neckar-Region sind für die Prüfung und Genehmigung eines Autokran-Einsatzes unter Umständen gleich mehrere der insgesamt 24 Erlaubnis- und Genehmigungsbehörden sowie die drei Bundesländer in ihrer Funktion als Baulastträger und Anhörungsbehörden zuständig.

Ein Baustein des Maßnahmenpaketes für eine effizientere Verwaltungspraxis in der Region war die Freischaltung einer digitalen Straßenkarte unter CIO-Patenschaft des Landes Rheinland-Pfalz im Jahr 2014. Für die Metropolregion Rhein-Neckar werden in der Karte erstmals die befahrbaren Hauptrouten für Autokrane abgebildet und je nach Gesamtgewicht die entsprechenden Auflagen dargestellt. Die Evaluation des Projekts im Jahr 2015 zeigte zwar, dass die digitale Karte in ihrer jetzigen Form den Planungs- und Genehmigungsprozess für Autokranunternehmen nur bedingt erleichtert. Dennoch hat der Prototyp einen wertvollen Beitrag geleistet: Durch die gemeinsamen Arbeiten an der digitalen Straßenkarte sind die Probleme deutlich geworden, die Wirtschaft und Verwaltung bei der Beantragung, Genehmigung und Durchführung von Großraum- und Schwertransporten im Alltag zu bewältigen haben. Außerdem konnte mit Hilfe der digitalen Straßenkarte exemplarisch gezeigt werden, wie im föderalen Kontext länder- und ebenenübergreifend Daten zusammengeführt werden können und welche Herausforderungen sich dabei ergeben. Auf dieser Grundlage könnte nun weiter an der Digitalisierung von Daten für den Genehmigungsprozess gearbeitet werden, etwa bei der Integration von dynamischen Daten wie Baustelleninformationen.





P23R – Prozessdatenbeschleuniger

Unternehmen müssen für verschiedenste Zwecke Daten an Verwaltungen übermitteln. Aktuell bestehen in Deutschland über 10.000 Informations- und Meldepflichten, denen die Wirtschaft nachkommen muss. Die Zusammenstellung der erforderlichen Daten in den Unternehmen sowie die oftmals redundante Datenübermittlung an die Behörden ist mit einem erheblichen Arbeitsaufwand verbunden – was auf Seiten der Wirtschaft jährlich mit Bürokratiekosten von rund 40 Milliarden Euro zu Buche schlägt. Mit dem Ziel, den Datenaustausch zwischen Wirtschaft und Verwaltung einfacher, sicherer und transparenter zu gestalten, wurde im Rahmen des Modellvorhabens bis Ende 2013 das P23R-Prinzip entwickelt. Das Bundesministerium des Innern hatte dabei die CIO-Patenschaft für das Kooperationsprojekt von Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft übernommen. Das P23R-Prinzip setzt auf ein übergreifendes Infrastrukturkonzept, das die Datenhoheit bei den Unternehmen belässt und gesetzlich vorgeschriebene Informations- und Meldepflichten in Form von Regeln abbildet. Nach der Freigabe durch die Unternehmen werden die erforderlichen Meldungen medienbruchfrei an die zuständigen Behörden übermittelt.

In mehreren Pilotprojekten wurden die praktische Anwendbarkeit und der Nutzen des P23R-Prinzips nachgewiesen. Dabei konnten vom Chemiekonzern BASF SE im Jahr 2015 signifikante Einsparpotenziale und qualitative Verbesserungen für vier Emissionsmeldepflichten im Werkbetrieb bestätigt werden. Die Innovationsphase brachte wertvolle Erkenntnisse für die weitere Einführung und Anwendung von P23R.

Mit Blick auf die Erfahrungen aus dieser Innovationsphase wie auch der Pilotierung bei BASF SE soll das P23R-Prinzip unter Federführung des Umweltbundesamtes und des Landes Rheinland-Pfalz in der zweiten Phase des Modellvorhabens sukzessive im Umweltbereich durch die Bereitstellung weiterer Meldepflichten und den Einsatz in weiteren Unternehmen in die Breite getragen werden. Die Breitereinführung im Umweltbereich ist ein Koordinierungsprojekt des IT-Planungsrates, bei dem weiterhin auf die Metropolregion Rhein-Neckar als Erprobungsraum gesetzt wird. Es hat sich gezeigt, dass sich der Umweltbereich gut für eine P23R-Einführung eignet, da es unter anderem viele turnusmäßige Berichtspflichten gibt und durch neue Anforderungen und Richtlinien Mehraufwände für Behörden und Unternehmen abzusehen sind.



Foto: BASF / Yan de Andrés

ELIS-A – Emissionsmessberichte

Nach Inbetriebnahme einer Anlage ist gemäß der im Genehmigungsbescheid vorgegebenen Zeitpunkte zu prüfen, ob die festgelegten Emissionsgrenzwerte eingehalten werden. Für die Durchführung der Messungen muss das Unternehmen ein akkreditiertes Messinstitut beauftragen. Unter Federführung des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz entwickelten Vertreter der Industrie, von Messinstituten sowie der zuständigen Behörden aus Hessen und Rheinland-Pfalz ein IT-Verfahren zur elektronischen Übermittlung von Emissionsmessberichten. Allein in Hessen fallen pro Jahr rund 700 Emissionsmessberichte an, sodass Verbesserungen im Prozessablauf schnell zu einem echten Mehrwert auf Seiten der Unternehmen und Behörden führen. Eine moderne Client-Anwendung (ELIS-A mobil) ermöglicht die automatisierte Eintragung der Daten und unterstützt die Messinstitute bei der Einhaltung formeller Vorgaben. Bei der Weiterverarbeitung der elektronisch übermittelten Emissionsmessberichte in den behördeninternen IT-Fachverfahren erfolgt im Sinne einer Qualitätssicherung ebenfalls eine automatisierte Prüfung der Daten.



In der zweiten Phase des Modellvorhabens dient das Fachverfahren ELIS-A als Referenzverfahren für einen De-Mail-Piloten. Emissionsmessberichte sollen als De-Mail verschlüsselt, medienbruchfrei und ressourcenschonend zwischen den Unternehmen und den zuständigen Behörden übermittelt werden. Perspektivisch ist das Verfahren für alle 16 Bundesländer nutzbar.



Einreiseoptimierung

Aufgrund des steigenden Fachkräftebedarfs wünschen sich Unternehmen bei der Einreise ausländischer Fachkräfte Beschleunigung, mehr Transparenz und eine bessere Planbarkeit. Bis ausländische Arbeitnehmer eine Beschäftigung in Deutschland aufnehmen können, sind jedoch vielerlei bürokratische Hürden zu überwinden.

Daher wurde im Jahr 2011 in der Projektstudie „Einreiseoptimierung“ das Verfahren zur Erteilung eines Visums für qualifizierte ausländische Arbeitskräfte untersucht. Unter der CIO-Patenschaft des Landes Hessen in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Normenkontrollrat sowie der Beteiligung von Ausländerbehörden und Unternehmen aus der Metropolregion Rhein-Neckar wurde der Einreiseprozess analysiert, um Optimierungspotenziale festzustellen. Basierend auf den Ergebnissen der Studie hat die Metropolregion Rhein-Neckar GmbH gemeinsam mit allen 22 unteren Ausländerbehörden in der Region einen Vorschlag zur Rechtsänderung in die Innenministerkonferenz eingebracht, die am 5. März 2013 in Kraft trat. Um die Bearbeitungsdauer im Visumverfahren zu verkürzen, ist seither in der Regel keine Zustimmung der Ausländerbehörden mehr erforderlich, wenn der Antragsteller erstmals zum Zweck der Beschäftigung nach Deutschland einreist.

Auch weitere Vorschläge aus der Projektstudie zur Vereinheitlichung der Verwaltungsabläufe sowie zur Etablierung einer Willkommenskultur haben die Ausländerbehörden aufgegriffen und in die Verwaltungspraxis umgesetzt. Beispiele hierfür sind die Erstellung gemeinsamer Merkblätter, die Nutzung eines einheitlichen mehrsprachigen Antragsformulars, Sprachkurse in Verwaltungsendglossar und Ergänzung praxisnaher Informationen zum Einreiseprozess im Portal „verwaltungsdurchklick.de“ (siehe Seite 10).

In der zweiten Phase des Modellvorhabens nimmt die Metropolregion an der durch das Bundeskanzleramt beauftragten Zwischenevaluation zur damaligen Studie „Einreiseoptimierung“ teil und trägt so zu einer Validierung der erfolgten Rechts- und Verfahrensänderungen bei.



Foto: MRN GmbH/Tobias Schwerdt

Optimierungspotenziale bei Straßenaufgrabungen

Für das Projekt „Betriebsmodell GDI-DE“ der Koordinierungsstelle GDI-DE hatte sich die Metropolregion Rhein-Neckar mit Prozessen aus dem Bereich Straßenaufgrabungen beworben, da hier zahlreiche Optimierungspotenziale durch den Einsatz von Geodaten und -diensten zu erwarten waren. Im Vordergrund stand zunächst die Durchführung einer detaillierten Prozesserschließung in allen drei Landesteilen der Metropolregion Rhein-Neckar. Auf Basis dieser Ergebnisse wurden mit den relevanten Stakeholdern in mehreren Workshops konkrete Optimierungsansätze herausgearbeitet, wobei der Aufbau eines regionalen Portals für Leitungsauskünfte als besonders gewinnbringende Maßnahme identifiziert wurde. Mit Hilfe eines Prototypen konnte im Rahmen des Clusters „GeoNet.MRN“ zum einen gezeigt werden, wie sich anzufragende Leitungsträger durch eine Verschneidung der geographischen Daten der Aufgrabungsstelle mit den im Portal hinterlegten Abdeckungsflächen ermitteln lassen. Zum anderen wurde deutlich, wie eine automatisierte Weiterleitung der individuellen Anfrage erfolgen kann. Um ein tragfähiges Finanzierungskonzept zu erarbeiten, wurden sämtliche Leitungsträger in der Region identifiziert, eine Markterkundung durchgeführt und die Anzahl der zu erwartenden Anfragen an das Portal ermittelt. Die Projektergebnisse sind in ein Feinkonzept eingeflossen, auf dessen Grundlage sowohl die Beteiligungsabfrage der Leitungsträger als auch die technische Realisierung des Portals erfolgte. Eine intensive Prüfung der verschiedenen Realisierungsmöglichkeiten sowie vielen Gesprächen mit Leitungsnetzbetreibern und potenziellen Nutzern in der Region hat ergeben, dass der tatsächliche Bedarf für den Aufbau eines eigenen regionalen Portals im Laufe der Projektlaufzeit fraglich und deshalb das wirtschaftliche Risiko für die Metropolregion Rhein-Neckar GmbH zu groß ist. Auch die bei den Netzbetreibern ermittelten hohen Aufwände einer technischen Anbindung der mittlerweile entwickelten eigenen Portale an eine regionale Portallösung stellen eine hohe Hürde für die Realisierung eines zentralen Zugangs zu den Leitungsinformationen in der Region dar. Allerdings gibt es inzwischen auf dem Markt verschiedene Portale zur gebündelten Einholung von Leitungsauskünften, die zukünftig auch in der Region Rhein-Neckar zur Verfügung stehen sollen.



Regionales Portal für die CO₂-Bilanzierung

Ziel des Projektes war es, den hohen Datenerfassungsaufwand bei der Erstellung von CO₂-Bilanzen in der Region zu verbessern, die Kosten zu reduzieren sowie die Aussagekraft von CO₂-Bilanzen zu optimieren. Darüber hinaus sollte eine technologische Lösung entwickelt werden, die ein Monitoring auch über mehrere Jahre hinweg sowie eine Visualisierung der Ergebnisse erlaubt hätte. Die Daten sollten über ein regionales Portal automatisiert erfasst und in einer Datenbank zusammengeführt werden. Als Grundlage hätte die vom Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH erarbeitete einheitliche Bilanzierungssystematik gedient, die ca. 500 Datensätze vorsieht. Während rund 75 Prozent der Daten vom Statistischen Landesamt, der Arbeitsagentur, den Energieversorgern und weiteren Institutionen abgerufen hätten werden können, hätten die restlichen Daten von den Kommunen bereit gestellt werden müssen.

In einer Vorstudie wurden die Voraussetzungen für den automatisierten Datentransfer sowie die Wirtschaftlichkeit der Portallösung untersucht. Eine wichtige Rolle spielte hierbei die Frage, wie die Daten in den drei Ländern vorliegen und wie sie gemäß des Open-Data-Ansatzes nutzbar gemacht werden können.

Im Ergebnis hat sich letztlich gezeigt, dass die Daten in sehr heterogener Form und Güte vorlagen, unterschiedliche Bilanzierungsmethoden angewandt wurden und die Hürde der Vernetzung der Daten in einem einheitlichen regionalen Portal zu hoch waren.



Bauplan für die vernetzte Verwaltung

Im Hinblick auf die Entwicklung eines kooperativen E-Government in föderalen Strukturen ist die verwaltungsübergreifende Vernetzung informationstechnischer Systeme noch immer eine große Herausforderung. Um in den Projekten des Modellvorhabens die Welt nicht jedes Mal neu erfinden zu müssen, hatte sich in der AG3 des Nationalen IT-Gipfels unter Federführung von Rheinland-Pfalz eine Unterarbeitsgruppe (UAG MRN) mit Beteiligung der SAP Deutschland SE, Software AG und Jinit[AG zusammengefunden. Gemeinsam wollte man für die Metropolregion Rhein-Neckar eine Referenzarchitektur für kooperatives E-Government entwickeln und an diesem konkreten Beispiel zeigen, wie ein Bauplan für die Verwaltung von Morgen aussehen könnte.

Im Zuge der intensiven Diskussionen in der UAG MRN wurde jedoch schnell deutlich, dass es bereits einige, allerdings nicht immer kompatible Referenzarchitekturen gibt, ein übergreifendes Modell für den Auf- und Ausbau einer föderalen E-Government-Infrastruktur aber fehlt. Daher konzentrierte sich die UAG MRN im weiteren Verlauf darauf, die Elemente eines solchen Referenzmodells und die Grundlagen für dessen Entwicklung aufzuzeigen, Fragen der fachlichen und technischen Architektur zu diskutieren sowie bestehende methodische und konzeptionelle Lücken aufzuzeigen.

Angesichts der Komplexität des Gegenstands war es der UAG MRN in der zur Verfügung stehenden Zeit bzw. mit den vorhandenen personellen Ressourcen nicht möglich, die Arbeiten abzuschließen. Die Zwischenergebnisse sind im Arbeitspapier „Referenzmodell, Zielarchitektur und Roadmap für kooperatives E-Government in der Metropolregion Rhein-Neckar“ dokumentiert. Auf dieser Grundlage hat die Metropolregion Rhein-Neckar einen Vorschlag für ein FuE-Vorhaben „Bauplan für die vernetzte Verwaltung“ ausgearbeitet.

Nachdem absehbar war, dass im Modellvorhaben keine Ressourcen zur Verfügung stehen, um das FuE-Vorhaben weiter vorantreiben zu können, hat der Lenkungskreis beschlossen, die vorliegenden Erkenntnisse an das Projekt „FITKO“ des IT-Planungsrates zu übergeben und darum gebeten, die von der UAG MRN identifizierten Herausforderungen und Fragestellungen in der weiteren Projektarbeit zu berücksichtigen.

Eine erste Bilanz

Das Modellvorhaben „Kooperatives E-Government in föderalen Strukturen“ wurde 2015 für die Pionierarbeit im Themenfeld „E-Government“ mit dem Innovationspreis des Deutschen Beamtenbundes ausgezeichnet. Mit 20.000 Euro Preisgeld zählt er zu den höchstdotierten Auszeichnungen für Neuerungen im öffentlichen Dienst. Die Auszeichnung zeigt zum einen, dass sich die Kooperationspartner mit ihrer länder- und ebenenübergreifenden Vorgehensweise auf den richtigen Weg gemacht haben. Zum anderen ist sie Beleg dafür, dass die bislang gewonnenen Erkenntnisse nicht nur innerhalb der Rhein-Neckar-Region auf großes Interesse stoßen.

Die Jury befand, es sei erstmals ein „Reallabor der Verwaltungsmodernisierung“ geschaffen worden, in dem sich eine neue Kultur der Zusammenarbeit entwickeln konnte. Wo die bestehende Verwaltungsorganisation (Föderalismus, Selbstverwaltung und Ressorthoheit) vernetzte Verwaltungsstrukturen und innovative E-Government-Lösungen erschwert, wenn nicht sogar bisher verhindert hat, will das Modellvorhaben innovative Ansätze entwickeln und erproben.

Dahinter steht die Erkenntnis, dass E-Government die Chance bietet, Grenzen zu überwinden und einen virtuell einheitlichen Verwaltungsraum aufzubauen, ohne dass hierfür zwangsläufig eine umfassende Strukturreform oder Neuordnung der Zuständigkeiten erforderlich ist. Nach dem Vorbild „Rhein-Neckar“ haben sich im Rheinland und in der Metropolregion Nordwest mehrere Gebietskörperschaften zusammengeschlossen, die ebenfalls neue Formen der Verwaltungszusammenarbeit erproben.

Alle Erprobungsräume verfolgen das Ziel, den Ausbau einer innovativen und vernetzten Verwaltung voranzutreiben. Sie können dazu beitragen, die Fortschreibung der nationalen E-Government-Strategie mit konkreten Anwendungserfahrungen zu untermauern und damit deutlich praxisorientierter auszugestalten. So lässt sich die kommunale Ebene sehr viel enger in die Umsetzung einbinden.

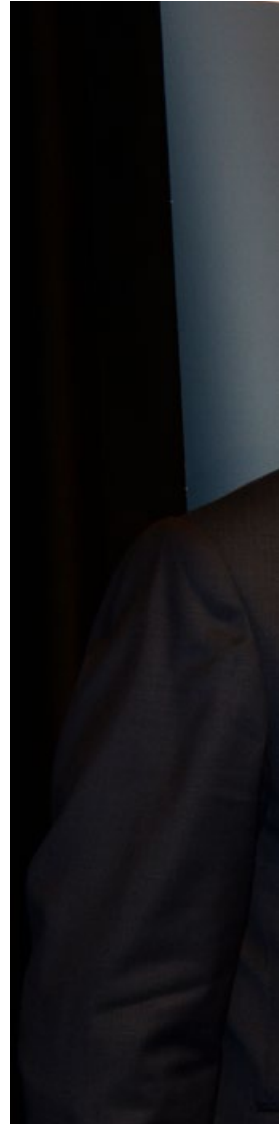




Foto: dbb/Friedhelm Windmüller

Erkenntnisse und Erfolgsfaktoren

Der Blick zurück auf die vergangenen fünf Jahre zeigt: Die interkommunale Kooperation, die föderale Zusammenarbeit auf Augenhöhe und die Schaffung professioneller Strukturen für die Bewältigung komplexer Aufgaben leistete Pionierarbeit bei der Bearbeitung technischer, organisatorischer und rechtlicher Fragestellungen.

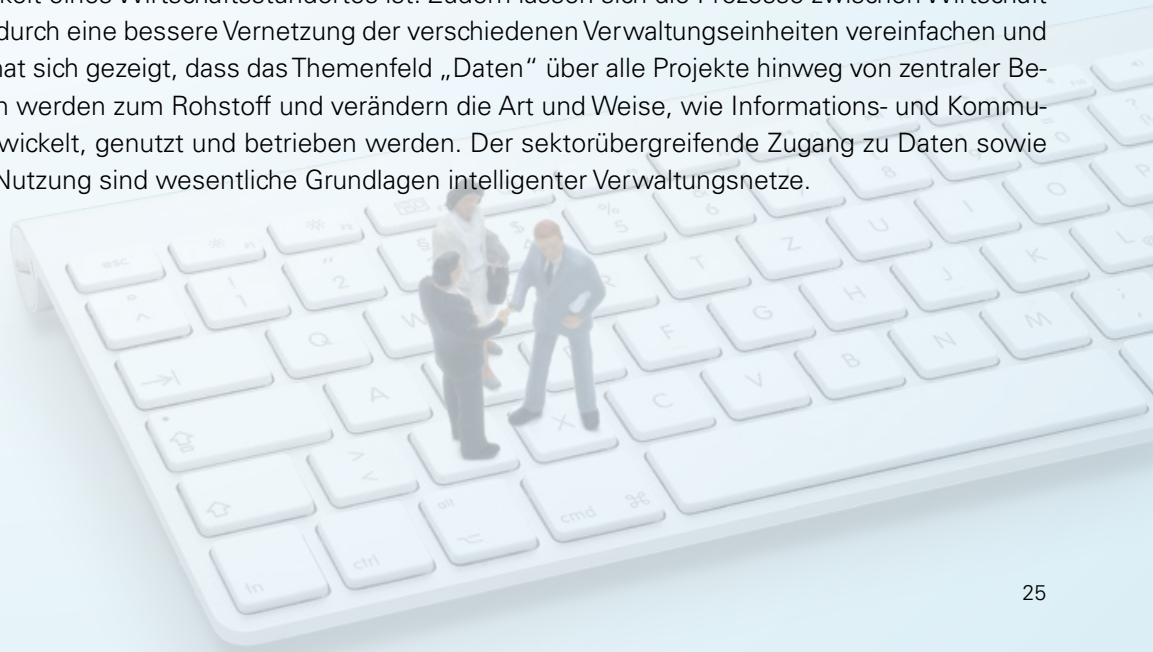
Gleichwohl war es nicht immer einfach, die Finanzierung für die Einzelprojekte sicherzustellen sowie mit länder- und kommunalspezifischen Prozessen und heterogenen IT-Landschaften umzugehen. Einige Projekte konnten in unterschiedlichen Projektphasen aufgrund fehlender personeller und finanzieller Ressourcen nicht im Rahmen des Modellvorhabens realisiert werden, obwohl bereits vielversprechende Konzepte und technische Prototypen vorlagen. Andere Projekte wiederum wurden aufgrund veränderter Bedarfe im Projektzeitraum nicht fortgeführt oder aufgrund eines zu geringen Mehrwertes einer eigenen regionalen Vorgehensweise in ihrer Zielrichtung angepasst. Hier hat sich gezeigt, dass das Modell des Erprobungsraumes seinem Zweck gerecht wird, technische, organisatorische und rechtliche Aspekte von lösungsorientierten E-Government-Projekten vor ihrer Inbetriebnahme und ihrem flächendeckenden Rollout ausreichend zu testen.

Als besondere Herausforderung hat sich die Finanzierung ebenen- und ressortübergreifender Projektvorhaben erwiesen, da Haushaltsmittel oft sehr eng an Zuständigkeiten gebunden sind. Auch die Beteiligung späterer Nutzer an den Entwicklungskosten innovativer E-Government-Anwendungen gelang bisher nur in Einzelfällen, da konkrete Effizienzeffekte und Mehrwerte in einer frühen Projektphase selten seriös kalkulierbar sind. Dies trifft in besonderer Weise zu, wenn in den Projekten noch Forschungs- und Entwicklungsarbeit geleistet werden muss.

Dass sich der Weg von einer innovativen Projektidee zu einem praxistauglichen Umsetzungskonzept aufwendig gestaltet, liegt auch an dem Anspruch des Modellvorhabens, Heterogenität nicht durch proprietäre Lösungen, sondern durch Vernetzung zu ermöglichen. Auf dem Weg zur vernetzten Verwaltung gibt es derzeit für viele Problemstellungen noch keine fertigen Konzepte. Teilweise fehlt es an verbindlichen technischen Standards, teilweise bestehen für eine Vielzahl konkreter Fragen noch erhebliche konzeptionelle und methodische Defizite. Vor allem aber lassen sich bereits vorliegende Erkenntnisse und Strategien aus Wirtschaft und Wissenschaft nicht immer eins zu eins auf konkrete Problemstellungen der Verwaltungsmodernisierung übertragen. In Zukunft könnten die Erprobungsräume noch stärker dazu beitragen, bestehende Lücken zu schließen und Erfahrungen, Kompetenzen und Lösungsmuster besser zu nutzen. In der zweiten Phase des Modellvorhabens besteht nach wie vor Handlungsbedarf, den Transfer wirksamer zu gestalten, um die Ergebnisse allen interessierten Akteuren zur Mit- und Nachnutzung zur Verfügung stellen zu können.

In den letzten fünf Jahren hat sich immer wieder gezeigt, dass die Konzeption und Einführung von innovativen Lösungen im förderalen Kontext eine gewisse Zeit braucht. Das Modellvorhaben schafft zwar den Rahmen für ein partnerschaftliches und vernetztes Miteinander zahlreicher Akteure – jenseits von hierarchischen Strukturen und Zuständigkeitsgrenzen. Allerdings müssen für jedes Projekt Partner gefunden werden, die den Mut haben, als Vorreiter neue Wege zu gehen. Die Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungsebenen wie auch mit Wirtschaft und Wissenschaft hilft, gewohnte Handlungsmuster in Frage zu stellen und – trotz aller Unvorhersehbarkeiten – gemeinsam neue Lösungsansätze zu entwickeln. Damit einher geht ein hoher Koordinierungsaufwand: Kooperative E-Government-Projekte sind meist komplex, die Abstimmung dementsprechend zeitintensiv.

Trotz der genannten Herausforderungen liegt der große Vorteil des ganzheitlichen Ansatzes auf der Hand: Ein bedarfsorientiertes Vorgehen und die frühzeitige Einbindung aller Beteiligten führt zu einer hohen Akzeptanz und Nutzung der E-Government-Angebote. Wenn bereits in der Konzeptionsphase Wirtschafts- und Verwaltungsvertreter aus allen Landesteilen der Metropolregion Rhein-Neckar und verschiedenen Verwaltungsebenen gemeinsam konkrete Fragestellungen und Lösungen erarbeiten, ist eine wichtige Grundlage geschaffen. Um Mitstreiter zu gewinnen, ist es zudem wichtig, frühzeitig und zielgruppenspezifisch die potenziellen Mehrwerte eines gemeinsamen Vorgehens herauszuarbeiten. Ein gut eingespieltes Miteinander war und ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Entwicklung kooperativer E-Government-Anwendungen, die einen Mehrwert für Wirtschaft und Verwaltung generieren. Wichtiges Kriterium für die erfolgreiche Umsetzung ist dabei die Verständigung über gemeinsame Ziele. Im Falle des Modellvorhabens ist dies der Konsens, dass eine effiziente, leistungsfähige Verwaltung Voraussetzung für die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit eines Wirtschaftsstandortes ist. Zudem lassen sich die Prozesse zwischen Wirtschaft und Verwaltung vor allem durch eine bessere Vernetzung der verschiedenen Verwaltungseinheiten vereinfachen und beschleunigen. Inhaltlich hat sich gezeigt, dass das Themenfeld „Daten“ über alle Projekte hinweg von zentraler Bedeutung ist. Digitale Daten werden zum Rohstoff und verändern die Art und Weise, wie Informations- und Kommunikationstechnologien entwickelt, genutzt und betrieben werden. Der sektorübergreifende Zugang zu Daten sowie deren Bereitstellung und Nutzung sind wesentliche Grundlagen intelligenter Verwaltungsnetze.





Stimmen zum Modellvorhaben

DR. THOMAS SCHÄFER, Finanzminister und Bevollmächtigter für E-Government und Informationstechnologie des Landes Hessen

„Die Digitalisierung hat Einzug in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens gehalten. Dieser Tatsache müssen die öffentlichen Verwaltungen Rechnung tragen, indem sie Prozesse über klassische Verwaltungs- und Zuständigkeitsgrenzen hinweg denken und kundenfreundliche E-Government-Lösungen anbieten. Durch die enge Zusammenarbeit von Wirtschaft und öffentlicher Hand hat die Metropolregion Rhein-Neckar in diesem Bereich eine wichtige Vorreiterrolle eingenommen. In den vergangenen fünf Jahren ist es uns gelungen, mit einer Reihe von Best-Practice-Beispielen über die Modellregion hinaus wichtige Impulse für die Entwicklung des E-Government in Deutschland zu setzen. Die Fortsetzung des Modellvorhabens ist deshalb ein logischer Schritt.“



**RANDOLF STICH,
Innenstaatssekretär und IT-Beauftragter des Landes Rheinland-Pfalz**

„Bei der Koordination und Umsetzung des Modellvorhabens setzen wir auf die bewährten Netzwerke und Strukturen. Zudem wollen wir unsere Erkenntnisse stärker als bislang in die Arbeit des IT-Planungsrates einbinden. Mit dem Lenkungskreis, dem die Kooperationspartner angehören, wurde ein Rahmen geschaffen, um innovative Projektvorhaben zu diskutieren und die Fortschritte des Modellvorhabens zu begleiten.“



**STEFAN KREBS,
IT-Beauftragter des Landes Baden-Württemberg**

„E-Government hat in einer modernen Verwaltung einen hohen Stellenwert und der muss weiter wachsen. Die öffentliche Verwaltung muss bei der Digitalisierung Vorreiter sein, die Menschen müssen auch online aufs Amt gehen können. Der gezielte Einsatz von IT in der Verwaltung macht Prozesse schneller, einfacher und kostengünstiger: Wir müssen den Menschen sagen und zeigen, welche Vorteile sie davon haben. Baden-Württemberg setzt sich derzeit intensiv mit dem Thema „Virtuelles Bauamt“ auseinander – für dieses wichtige Projekt haben wir auch die CIO-Patenschaft übernommen. Wir wollen für eine elektronische, organisationsübergreifende Beteiligung aller unteren Baubehörden in der Metropolregion auch Werkzeuge aus unserem Verwaltungsportal service-bw einsetzen.“



LUKA MUCIC, Vorstandsvorsitzender des Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e.V. und bis 2016 Thementreiber für E-Government

„Aus meiner Sicht ist jetzt ein guter Zeitpunkt, neue Schwerpunkte in übergreifenden Strukturen zu definieren und erfolgversprechende Vorhaben anzugehen. Die Region lässt sich sicherlich nicht nur im Bereich E-Government, sondern auch auf anderen Feldern als Innovations- und Erprobungsraum nutzen. Die digitale Agenda der Bundesregierung stellt für die Metropolregionen einen Ausgangspunkt dafür dar, grundsätzlich darüber nachzudenken, welche Rolle sie dabei spielen könnten, die Zukunft unserer Wirtschaft nachhaltig zu sichern.“



STEFAN DALLINGER, Verbandsvorsitzender des Verbandes Region Rhein-Neckar und seit 2016 Thementreiber für E-Government

„In den letzten fünf Jahren haben wir gemeinsam schon ein gutes Stück auf dem Weg hin zu einer vernetzten Verwaltung zurückgelegt – am Ziel sind wir aber noch lange nicht. Das liegt nicht nur an den komplexen Themen, die wir im Modellvorhaben angegangen sind. Sondern auch an der Vielzahl von Akteuren, die mit ihren verschiedenen Arbeits- und Denkweisen in die Projekte einbezogen werden wollen. Ich durfte das Modellvorhaben von Anfang an begleiten und bin schon in der Geburtsstunde im Jahre 2010 dabei gewesen. Wer hätte damals gedacht, dass wir heute deutschlandweit Vorreiterregion beim kooperativen E-Government sind!“

ngsrat

Digitale

CeBIT, 15.03.2016

Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung



Kooperationsvereinbarung

zur Fortführung des gemeinsamen Projekts „Digitalisierung der Verwaltung“

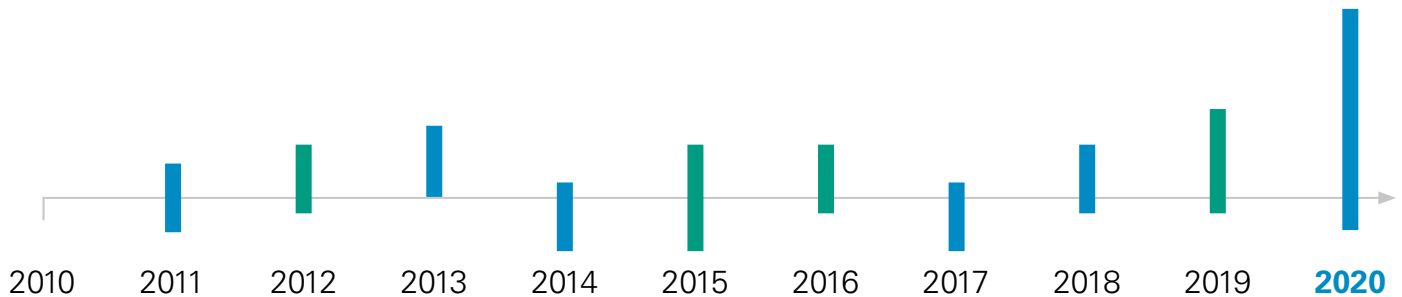
zwischen

dem Land Baden-Württemberg
vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister für
Digitalisierung und Medien
dem Land Rheinland-Pfalz
vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister für
Digitalisierung und Medien
dem Land Hesse
vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister für
Digitalisierung und Medien

für die Metropolregion Rhein-Neckar
vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister für
Digitalisierung und Medien
ganzheitlich und koordiniert



Fortführung des Modellvorhabens



Auf der Messe „CeBIT“ (Hannover) haben die IT-Beauftragten (CIOs) der Länder Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz im März 2016 gemeinsam mit Vertretern der Metropolregion Rhein-Neckar die Kooperationsvereinbarung zur Fortführung des Modellvorhabens „Kooperatives E-Government in föderalen Strukturen“ unterzeichnet. Bereits bei der 10. Regionalkonferenz „Wirtschaft trifft Verwaltung“ im Dezember 2015 hatten sich die Partner auf eine Verlängerung der bundesweit beachteten Kooperation bis 2020 verständigt.

Denn wie die Evaluation des Modellvorhabens gezeigt hat, ist die Entwicklung eines kooperativen, wirtschaftsorientierten E-Government auf einem guten Weg, aber noch lange nicht abgeschlossen; Innovations- und Veränderungsmanagement ist eine Daueraufgabe der öffentlichen Verwaltung. Dafür braucht es neben neuen Formen der Zusammenarbeit auch ein experimentelles Umfeld, so genannte Reallabore wie das Modellvorhaben, in denen gesellschaftliche Transformationsprozesse in einer engen Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft erarbeitet, getestet und umgesetzt werden. Bestenfalls erlauben entsprechende Experimentierklauseln dabei auch, in begrenztem Maße von bestehenden rechtlichen Vorgaben und administrativen Regeln abzuweichen.

In den kommenden Jahren bis 2020 sollen die bestehenden Projekte aus der ersten Phase des Modellvorhabens konsequent fortgeführt und teilweise in einen größeren Handlungskontext gestellt werden. Neue Projektvorhaben werden nur ins Portfolio aufgenommen, wenn sie das Kriterium der länder- und ebenenübergreifenden Zusammenarbeit erfüllen. Der Bund wird sich zukünftig projektbezogen engagieren.

Deutlich konsequenter als bisher sollen die Erkenntnisse aus dem Modellvorhaben zukünftig in den IT-Planungsrat eingebracht werden. Darüber hinaus gilt es, die Zusammenarbeit mit den anderen Erprobungsräumen und E-Government-Modellkommunen zu verstetigen.

Impressum

Herausgeber:

Metropolregion Rhein-Neckar GmbH

Geschäftsstelle des Modellvorhabens „Kooperatives E-Government in föderalen Strukturen“

N7, 5-6

68161 Mannheim

Tel. 0621 – 107 08 113

Fax 0621 – 107 08 100

www.m-r-n.de/egovernment

